

5 Fragen an Hr. Andreas Stoch (SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Fragen zum Waldschutz im Vorfeld der Landtagswahl 2026.

Wir bitten Sie um Verständnis dafür, dass wir Nicht-Landes-Organisationen nicht ausführlich mit Antworten zu jeder Fachfrage befriedigen können, daher sind die Antworten sehr kurzgefasst.

1. Schutzwald und Hochwasserschutz

Wälder leisten durch Wasserrückhalt, Bodenstabilisierung und Humusaufbau einen entscheidenden Beitrag zum Hochwasserschutz und zur Prävention von Erosion.

Frage: Wie wollen Sie die Schutzfunktion der Wälder in Baden-Württemberg angesichts zunehmender Starkregenereignisse konkret stärken? Werden Sie sich für eine Ausweitung von Schutzwaldflächen und eine prioritär auf Wasserrückhalt ausgerichtete Waldbewirtschaftung einsetzen?

Antwort:

Der Wald muss landesweit zu einem naturnahen Mischwald umgebaut werden. Dabei soll die natürliche und gelenkte Sukzession Vorrang vor Pflanzungen haben. Rodungen und Pflanzungen mit schwerem Gerät sollen die absolute und gut begründete Ausnahme sein.

Heimische und im Zuge der Klimawandelanpassung europäische Baumarten sollen Vorrang vor fremden Arten sein. Zugleich muss der Schalenwildbestand so reduziert werden, dass er den natürlichen Aufwuchs nicht konterkariert.

2. Brennholznutzung, Klimaschutz, Gesundheit, Feinstaubbelastung und CO₂-Senkenleistung

Die Holz- und Forstwirtschaft fordert mit der Unterstützung der verantwortlichen Politik die Erzeugung von Wärmeenergie in erheblichem Umfang durch das Verbrennen von Holzbeständen aus dem Wald zu decken. Dabei wird als Argument angeführt, dass die Verbrennung von Holz klimaneutral und nachhaltig sei, da es einerseits riesige Bestände an Holz in unseren Wäldern gäbe und andererseits das entnommene Holz in kürzester Zeit wieder nachwachse.

Das Umweltbundesamt (UBA) dagegen beurteilt die Verbrennung von Holz aus dem Wald als nicht klimaneutral und nachhaltig. Bei der Verbrennung von Holz werden zeitgleich alle Emissionen wie CO₂, Feinstaub, Stickoxide und Kohlenstoffverbindungen freigesetzt und gelangen somit unmittelbar in die Umwelt. Dadurch unterscheidet sich die Verbrennung von Holz in keinsten Weise von der Verbrennung der bisherigen fossilen Brennstoffe wie beispielsweise Gas. Zudem hat Holz beispielsweise im Vergleich zu Gas eine schlechtere Energie- und auch CO₂-

Bilanz. Hinzu kommt, dass die nachwachsenden Bäume mehrere Jahrzehnte brauchen, bis sie wieder eine vergleichbare Umweltleistung erbringen können. Auch die negativen Auswirkungen

auf die menschliche Gesundheit sind bei der Verbrennung von Holz im Vergleich zu Gas weitaus gravierender.

Frage:

Wie bewerten Sie diesen offensichtlichen Widerspruch zwischen der Forst- und Holzwirtschaft und der Entscheidung des Umweltbundesamtes? Bitte begründen Sie Ihre Antwort mit transparenten und damit nachvollziehbaren Argumenten, insbesondere unter Berücksichtigung der Aspekte zu menschlicher Gesundheit, Energie- und CO₂-Bilanz wie auch Klimaschutz.

Antwort:

Die energetische Nutzung von Holz in Form von Scheiten, Hackschnitzeln oder Pellets ist eine gute Ergänzung der Heizungsformen im Zuge der Wärmewende. Jedoch ist diese Nutzung schon aus Kapazitätsgründen auf einen geringen Anteil der Heizungsumstellungen beschränkt und klimapolitisch schlechter zu bewerten als z.B. eine Wärmepumpenlösung auf Basis von Strom aus erneuerbaren Quellen. Deutlich höhere Emissionen kommen, trotz moderner Heizungstechnik, noch dazu, insbesondere durch die Nutzung von einfacheren Öfen. Diese Umstände sind bei der Förderung der Heizungsumstellung stärker als bisher zu berücksichtigen. Zudem ist zwingend auf die ökologisch vertretbaren Potenziale der Holznutzung zu achten.

3. Reduktion von Rückegassen und schweren Forstmaschinen

Der Einsatz schwerer Forstmaschinen sowie ein dichtes Netz an Rückegassen führen zu Bodenverdichtung, verminderter Wasserspeicherfähigkeit und langfristigen Schäden an Waldökosystemen.

Frage: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Bodenverdichtung zu reduzieren? Unterstützen Sie eine Verringerung des Rückegassenanteils sowie den verstärkten Einsatz bodenschonender Bewirtschaftungsformen?

Antwort:

Wir stehen für eine Abkehr der Forstarbeit auf Basis von Rodung und Pflanzung mit schwerem Gerät, das zur Bodenverdichtung beiträgt. Damit sind in der Regel auch keine solch breiten Rückegassen mehr erforderlich.

4. Transparenz, Gemeinwohlorientierung und „Gute fachliche Praxis“

Wälder erfüllen auch nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1990 zahlreiche Gemeinwohlfunktionen (Ökologiepflichtigkeit des Waldeigentums). Die staatliche Forstpolitik fördert demnach nicht die Holzproduktion, sondern "die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts". Entscheidungen über Nutzung, Einschlagmengen, Forstpraxis und Förderpolitik betreffen die gesamte Bevölkerung.

Frage:

Wie wollen Sie Transparenz bei forstlichen Grundsatzentscheidungen, Planungen und Eingriffen verbessern und eine stärkere Gemeinwohlorientierung durch eine klare Neuformulierung einer

"guten fachlichen Praxis" absichern, die Klima-, Boden-, Wasser- und Biodiversitätsschutz stärker gewichtet als Holzerträge?

Antwort:

Die forstliche Arbeit im Wald muss immer auch gemeinwohlorientiert sein, da der Wald, auch Privatwald, neben seiner wirtschaftlichen Funktion als Holzlieferant auch viele wichtige andere Funktionen hat, die der Allgemeinheit und Umwelt dienen (Wasserhaushalt, Luftreinhaltung, bei gesundem Wald CO₂-Senke, Habitat für zahllose Tiere, Pilze und Pflanzen, Landschaftsbild, Naherholung, etc.).

5. EU-Wiederherstellungsverordnung

Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung verfolgt die Europäische Union ambitionierte Ziele zur Renaturierung geschädigter Ökosysteme.

Frage: Wie stehen Sie zur Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung in Baden-Württemberg? Werden Sie sich für eine ambitionierte, transparente und zügige Umsetzung im Wald einsetzen?

Antwort:

Wir wollen einen naturnahen Wald, der neben seiner Funktion als Holzlieferant auch alle anderen Funktionen erfüllen kann. Angesichts von Klimawandel, Waldschäden und Rückgang der Biodiversität muss dabei der Fokus stärker auf die Gesundheit und Schonung des Waldes gelegt werden.

Zusatzfrage: Ressortzuständigkeit im Kontext Klimawandel

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Waldes für Klimaschutz, Hochwasservorsorge, Biodiversität und Gesundheit stellt sich die Frage nach der politischen Zuständigkeit.

Frage: Wie stehen Sie zu einem möglichen Ressortwechsel der Forstzuständigkeit vom Landwirtschaftsministerium in das Umweltministerium, um Klima- und Gemeinwohlfunktionen stärker zu gewichten?

Antwort:

Das Ressortzuständigkeit ist letztlich egal, wenn die Politik stimmt. Die Landespolitik muss zum Beispiel mehr Wert auf Klimaschutz, Naturschutz und den Schutz der Biodiversität legen als die CDU das in der jetzigen Regierung aktuell tut.

Mit freundlichen Grüßen

SPD